

## Im Dienste des Brandschutzes

40 Jahre Feuerwehr am Forschungsstandort Rossendorf / Mehrere Einsätze in der Umgebung

VON DIETER WALZOG

Fast auf den Tag so alt wie der Rossendorfer Forschungsreaktor (RFR) ist auch die betriebliche Feuerwehr am Forschungsstandort. Im Januar 1958 gegründet, läßt sich nunmehr resümieren: In den vergangenen vierzig Jahren gab es keinen Brand, der die Sicherheit der kerntechnischen Anlagen und Labors in Rossendorf gefährdet hat. Im Gegenteil: Die Rossendorfer Feuerwehrleute haben entscheidenden Anteil am hohen Stand des vorbeugenden Brandschutzes innerhalb des Forschungsstandortes.

Nach der Wende wurde die Ausrüstung modernisiert. Auf Anforderung der Leitstelle Feuerwehr Dresden und der umliegenden Gemeinden rückte die Werkfeuerwehr mehr-

fach aus, um Hilfe in unmittelbarer Nachbarschaft zu leisten.

Zur Geschichte: Mit der Inbetriebnahme des Forschungsreaktors und dem Beginn der wissenschaftlichen Arbeiten im damaligen Zentralinstitut für Kernphysik (ZfK) der DDR Ende 1957 waren Vorkehrungen zur Brandverhütung und Brandbekämpfung zwingend erforderlich. Deshalb erfolgte im Januar 1958 die Gründung einer betrieblichen Feuerwehr.

Innerhalb von sechs Wochen erklärten sich rund vierzig Mitarbeiter des ZfK bereit, die betriebliche Feuerwehr in nebenberuflicher Tätigkeit aufzubauen. Sie absolvierten ein umfangreiches Ausbildungsprogramm. Schon Ende Mai 1958 meldete die betriebliche Feuerwehr ihre »ständige Einsatzbereitschaft«.

Das erste Löschfahrzeug vom Typ LF 8 konnte noch Ende 1957 beschafft werden. Im Jahr 1959 wurde ein Tanklöschfahrzeug TLF 16 in Dienst gestellt. Damit stand eine den Anforderungen entsprechende Einsatztechnik zur Verfügung, die in der Folgezeit weiter ergänzt oder erneuert wurde. Gleichzeitig begannen die Planungen für das heutige Gerätehaus der Feuerwehr. Mit seiner Fertigstellung im Jahre 1961 konnten die nebenberuflichen Einsatzkräfte ihre Bereitschaftsdienste außerhalb der regulären Arbeitszeit unter verbesserten Bedingungen leisten.

In den Rossendorfer Anfangsjahren war die Zahl der Einsätze überdurchschnittlich hoch. Vor allem in den Unterkünften der Bauarbeiter und auf den Baustellen am Standort mußte die Feuerwehr immer wieder kleinere, im



Die Kameraden der betrieblichen Feuerwehr bei der Einweihung des Gerätehauses im Jahre 1961.  
Foto: Archiv FZR

Entstehen begriffene Brände löschen. Hinzu kamen Wald- und Böschungsbrände, insbesondere an der Eisenbahnstrecke Dürrröhrsdorf - Arnsdorf, die die Rossendorfer Betriebsfeuerwehr ebenso forderten wie auch die Freiwilligen Feuerwehren der benachbarten Gemeinden.

1963/64 wurde die Bereitschaftssiedlung Rossendorf errichtet. 32 Wohnungen gingen an Angehörige der betrieblichen Feuerwehr. Dies bewirkte eine zusätzliche Motivation zur weiteren Qualifizierung für die ausgeübte nebenberufliche Tätigkeit und zur weiteren Verbesserung der Einsatzbereitschaft. 1968 konnten elf Angehörige einen zweijährigen Lehrgang für Führungskräfte der Feuerwehr erfolgreich abschließen. 1973 wurde ein neues Löschfahrzeug LF 8 mit Schlauchtransportanhänger und 1983 ein neues Tanklöschfahrzeug TLF 16 beschafft. Die Technik kam vor allem zur Ablösung brennender Kohlevorräte in den Bunkern des Heizwerkes und der Freilager zum Einsatz.

... weiter auf Seite 2 oben

### Neue Einsatztechnik: (beschafft in den vergangenen Jahren)

- ✓ Neue Funkausrüstung für das Gerätehaus und die Einsatzfahrzeuge.
- ✓ Der Dienstvorschrift gemäße Sonderausrüstung Strahlenschutz.
- ✓ Den Anforderungen gemäße Ausrüstung zum Atemschutz.
- ✓ Neuausrüstung der Atemschutzwerkstatt.
- ✓ 1996: Neues Tanklöschfahrzeug TLF 16/25 mit spezieller feuerwehrtechnischer Beladung.
- ✓ Renovierung des Gerätehauses, Bereitschaftsdienst aus der Wohnsiedlung in das Gerätehaus verlagert.
- ✓ Installation von über 1000 automatischen und 200 nichtautomatischen Brandmeldern in Gebäuden auf dem Standort Rossendorf.

Allen ehemaligen und den heute noch aktiven 69 Angehörigen der Feuerwehr sei aus Anlaß des 40jährigen Bestehens Dank und Anerkennung, insbesondere für die Übernahme von Bereitschaftsdiensten zur Gewährleistung der ständigen Einsatzbereitschaft, ausgesprochen.

## 40 Jahre Feuerwehr am Standort Rossendorf



Dieter Walzog ist der Autor des Beitrages über die Werkfeuerwehr des VKTA Rossendorf e.V., deren Wehrleiter er ist. Seit mehr als 40 Jahren arbeitet er in Rossendorf. Foto: privat

... weiter von Seite 1:

In diese Zeit fielen auch eine Reihe von Einsätzen in den anliegenden Gemeinden, beispielsweise in Eschdorf, Rossendorf, Großerkmannsdorf, Dürnröhrsdorf, Wilschdorf und Arnsdorf. Gleiches gilt für Waldbrände im Karswaldgebiet. Auf Anforderung der Leitstelle Feuerwehr Dresden wurde Hilfe bei Verkehrsunfällen auf der heutigen B 6 und der S 177, teilweise mit Personenschäden, gewährt.

Bis 1989/90 erlangte die betriebliche Feuerwehr mehrfach den Titel »Feuerwehr der Leistungsstufe I« und »Vorbildliche Freiwillige Feuerwehr«. Die Feuerwehr und zwei Rossendorfer Wehrleiter, Albert Götze und Dieter Walzog, erhielten die »Medaille für Verdienste im Brandschutz«.

Während der Jahre 1990 und 1991 stellte sich die Feuerwehr am Standort auf die nunmehr gültigen Rechtsvorschriften zum Strahlen- und Brandschutz ein. Die Schutzausrüstung wurde ebenfalls erneuert. Nach dem Ende der Tätigkeit des ZfK ging die betriebliche Feuerwehr auf das Forschungszentrum Rossendorf über.

Am 1. Januar 1993 übernahm der VKTA Rossendorf e.V. die Trägerschaft für die betriebliche Feuerwehr am Forschungsstandort. Der Freistaat Sachsen finanzierte acht unbefristete Stellen für hauptberuflich tätige Einsatzleiter und Maschinisten. Mit diesem Personalstamm, nebenberuflichen Einsatzkräften und an die neuen Verhältnisse angepaßter Technik konnte die betriebliche Feuerwehr des VKTA Rossendorf e.V. als eine der ersten betrieblichen Feuerwehren im Freistaat Sachsen und erste im Verwaltungsbereich des Regierungspräsidiums Dresden am 29. Juli 1994 die Anerkennung als Werkfeuerwehr erreichen.

Neben der eigenen Verpflichtung zum abwehrenden Brandschutz auf dem Rossendorfer Gelände besteht eine langfristige Vereinbarung mit der Berufsfeuerwehr in Dresden. Diese beinhaltet die Aufgaben beider Feuerwehren im Falle eines Brandes am Forschungsstandort Rossendorf oder in Dresden unter Beteiligung radioaktiver Stoffe. Bei einem Brand in Rossendorf stellt die Werkfeuerwehr den Einsatzleiter. Mindestens einmal jährlich werden gemeinsame Übungen durchgeführt.

Eine intensive Zusammenarbeit entwickelte sich auch mit der Landesfeuerwehrschule Sachsen. So werden jährlich fünf bis sechs Lehrgänge zur Brandbekämpfung und zum Strahlenschutz mit je rund zwanzig Teilnehmern von Rossendorfer Feuerwehrleuten und Spezialisten betreut. Somit hat sich die Werkfeuerwehr zu einem geschätzten Ansprechpartner für die Brandvorsorge, Brandbekämpfung und Radioaktivität im Freistaat Sachsen entwickelt.



Beseitigung eines Sturmschadens auf der Dittersbacher Straße am 5. März 1998. Foto: VKTA

### Einsätze in der Nachbarschaft

**15. April 1996:** Zu einem Entstehungsbrand im Kellergeschoß eines Wohngebäudes in der Siedlung Rossendorf.

**22. März 1997:** Zur Ausleuchtung einer Unfallstelle auf der Bundesstraße 6.

**12. April 1997:** Zur Beseitigung einer Ölspur auf der Bundesstraße 6.

Ein Entstehungsbrand in der Elektroverteilung der Gaststätte »Schänkhübel Rossendorf« war die Ursache einer Alarmierung der Werkfeuerwehr am **19. September 1997.**

## Neues Gutachten zum Rossendorfer Untergrund

Wegen der herausragenden Bedeutung, die dem Grundwasser beigemessen wird, beauftragte der VKTA Rossendorf e.V. im November 1995 die Ingenieurgesellschaft G.E.O.S. Freiberg mit der Erstellung eines neuen Gutachtens zur Hydrologie und Hydrogeologie für den Forschungsstandort Rossendorf. Die Untersuchungen erfaßten einen Gesamtradius von zehn Kilometern. Besonders detaillierte Analysen wurden im Umkreis von 2,5 Kilometern um das Rossendorfer Gelände durchgeführt. Die Ergebnisse lagen schließlich Ende 1997 vor.

Neben dem VKTA Rossendorf e.V. selbst hatte die G.E.O.S. GmbH weitere kompetente, sächsische Spezialfirmen einbezogen. So hat zum Beispiel die Firma Brunnenbau Wilschdorf GmbH die zahlreichen Erkundungsbohrungen ausgeführt. Eine andere Firma hatte Untersuchungen zur Wasserwegsamkeit im Boden vorgenommen. Sie signalisierte den Anrainern des »Kalten Baches« in Dittersbach mit der leuchtend grünen Einfärbung des

Baches ihre Tätigkeit und versetzte die Anwohner leider unnötig in Aufregung. Der Farbstoff ist selbst in der vorgenommenen Überdosierung harmlos.

Das Gutachten lieferte neue Erkenntnisse zum Aufbau des Untergrundes sowie über die Grund- und Oberflächenwasserverhältnisse. Das engere Untersuchungsgebiet weist ein ausgeprägtes Rinnensystem im Grundgebirge (Granit) aus. Es handelt sich um teilweise mit sehr mächtigen eiszeitlichen Schmelzwassersanden verfüllte Täler. Die Ablagerungen bilden den Hauptgrundwasserleiter, der annähernd den Grundgebirgsrinnen folgt. Der Grundwasserleiter ist nur in seinen unteren Teilen vom Grundwasser erfüllt und zumeist zwischen vier und zehn Metern mächtig. Im Nordost-Bereich des Standortes geht die Grundwasserschicht wegen einer Gebirgshöhenlage auf fast Null zurück.

Auch die Grundwasserfließrichtungen wurden durch neue Einmessungen eindeutig

geklärt. Der größte Teil des Standortes entwässert zum »Kalten Bach«, der im Süden fast das gesamte Grundwasser aufnimmt. Die Lage der nordöstlichen Grundwasserscheide in Richtung zur Schwarzen Röder ist aus meteorologischen Gründen und durch die oben beschriebene Grundgebirgsauftragung zwischen den beiden Nebenrinnen stabil und trennt den Standort nach Nordosten ab.

Durch die mächtigen Sickerwasserschichten über dem Grundwasser und deren großes chemisches Rückhaltevermögen wird das Grundwasser am Standort gut geschützt.

Über den Grundwasserpfad kann vom Standort keine Gefährdung für die Umgebung ausgehen. Durch die neuen Erkenntnisse zum Untergrund und das neue Datenmaterial lassen sich Sicherheitsrechnungen in Zukunft realitätsnah ausführen.

Dipl.-Ing. Wilfried Hüttig

## Zum sogenannten Streit über die Abrißkosten des Rossendorfer Forschungsreaktors RFR

Ende Januar, genauer gesagt, nach der Sitzung des Kabinetts des Freistaates Sachsen am 20. Januar 1998, erschienen in den Medien zahlreiche Beiträge über Forderungen des Freistaates Sachsen an die Bundesregierung bezüglich einer Mitfinanzierung der Stilllegungs-, Rückbau- und Entsorgungskosten für den Rossendorfer Forschungsreaktor RFR. In diesem Zusammenhang wurde immer wieder eine erforderliche Summe von etwa 400 Millionen Mark genannt. Es ist notwendig, an dieser Stelle eine Klärstellung vorzunehmen.

Tatsache ist, daß die immer wieder genannten 400 Millionen Mark nicht nur für die Stilllegung, den Rückbau und die Entsorgung des RFR, sondern für *alle* nuklearen Altlasten in Rossendorf benötigt werden. Ende 1991, also noch zur Zeit des Zentralinstituts für Kernforschung in Rossendorf, wurde eine erste Kostenabschätzung dafür vorgenommen. Diese ergab einen Finanzierungsbedarf von etwa 420 Millionen Mark. Die Kosten für den Forschungsreaktor wurden darin mit 125 Millionen Mark (etwa dreißig Prozent der Gesamtsumme) veranschlagt. In den Folgejahren wurden diese Abschätzungen im Rahmen der Möglichkeiten und der inzwischen gemachten Erfahrungen präzisiert. Die letzten Schätzungen aus dem Frühjahr 1998 ergeben Kosten von mindestens 421 Millionen Mark für den gesamten Forschungsstandort und davon etwa ein Viertel für den Rossendorfer Forschungsreaktor. Die getroffenen Abschätzungen sind noch unsicher, weil die Angaben über die zu erwartenden Aufwendungen für die Endlagerkosten stark von künftigen politischen Entscheidungen beeinflußt werden.

Tatsache ist ferner, daß sich die Bundesregierung an der Errichtung, am Betrieb und schließlich auch an der Stilllegung, dem Rückbau und der Entsorgung der Nuklearanlagen in den Forschungszentren der alten

Bundesländer in erheblichem Umfang beteiligt. Für das Jahr 1998 sind für die Sicherung, die Stilllegung und für den Rückbau derartiger Anlagen 228 Millionen Mark vorgesehen. Dazu kommen noch knapp 66 Millionen Mark Entschädigungszuschüsse für Endlagergebühren und Endlagervorausleistungen für die bei der Stilllegung und dem Rückbau ent-

den Forschungszentren in den alten Bundesländern behandelt zu werden. Bonn vertritt die Ansicht, daß, da keine Verpflichtung eingegangen wurde, auch keine Mitfinanzierungspflicht besteht. Wie und wann diese komplizierte Situation zu klären ist, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt wohl kaum vorausgesagt werden.

Bisher hat der Freistaat Sachsen zur Finanzierung unaufschiebbarer Sicherungs- und Sicherheitsmaßnahmen in den Jahren 1992 bis 1997 Zuschüsse für die »Stilllegung Kerntechnik Rossendorf« und für die »Altlastensanierung« in Höhe von 54,7 Millionen Mark als

Vorausleistung bereitgestellt. Damit könnten vom VKTA Rossendorf e. V. die notwendigsten Maßnahmen eingeleitet und zum Teil auch abgeschlossen werden. Für 1998 sollen wieder fast 40 Millionen Mark für die beiden Vorhaben bereitgestellt werden. Damit wäre der Freistaat Sachsen mit über zwanzig Prozent des abgeschätzten Gesamtaufwandes bereits in Vorleistung gegangen, während die alten Bundesländer für diese Aufgaben nur

zu insgesamt einem Zehntel in Anspruch genommen werden. Aus dieser Sicht ist es verständlich, daß der Freistaat Sachsen eine Mitfinanzierung durch den Bund für gerechtfertigt hält und mit Nachdruck zu-

nächst auf eine politische, oder wenn es nicht anders geht, auch auf eine juristische Klärung der Angelegenheit drängt.

Zur Verdeutlichung des Umfangs der im VKTA Rossendorf e. V. zu leistenden Stilllegungs-, Rückbau- und Entsorgungsaufgaben sowie der dazu erforderlichen Schaffung von Hilfseinrichtungen wird auf die untenstehende Aufzählung verwiesen.

Dr. Wolfgang Hieronymus,  
Direktor des VKTA Rossendorf e.V.

Die immer wieder genannte Summe von 400 Millionen Mark bezieht sich nicht nur auf den RFR sondern auf alle kerntechnischen Anlagen in Rossendorf

standenen radioaktiven Abfälle.

Tatsache ist auch, daß das ehemalige Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf der Akademie der Wissenschaften der DDR (ZfK Rossendorf) ein deutsches Forschungszentrum war und vergleichbar ist mit den Forschungszentren in Jülich (Nordrhein-Westfalen), Karlsruhe (Baden-Württemberg), Geesthacht (Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Brandenburg)

In den alten Ländern finanziert das Bundesforschungsministerium den Betrieb und den Abbau von kerntechnischen Forschungszentren zu 90 Prozent. Im Falle des VKTA Rossendorf e.V. verweigert der Bund eine Beteiligung an den Kosten kategorisch.

und mit dem Hahn-Meitner-Institut in Berlin. Allerdings wurde weder im Einigungsvertrag BRD-DDR, noch zu einem späteren Zeitpunkt ein derartiger Status für das ZfK Rossendorf festgeschrieben. Gemäß Artikel 38 des Einigungsvertrages beendete es seine Tätigkeit zum 31. Dezember 1991. Durch diese mangelnde Präzisierung entstanden unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Finanzierung zwischen Dresden und Bonn.

In Dresden ist man der Meinung, daß es nicht einer formellen Erwähnung im Einigungsvertrag bedarf, um gleichberechtigt mit

### Zu sichern, stillzulegen, rückzubauen und zu entsorgen sind:

- der **Rossendorfer Forschungsreaktor RFR**, die Stilllegung hat begonnen,
- der **Rossendorfer Ringzonenreaktor RRR**, die Stilllegung wird vorbereitet,
- die **Rossendorfer Anordnung für kritische Experimente RAKE II**, wurde 1997 stillgelegt und demontiert,
- der Anlagenkomplex **AMOR I/II** und Betriebsstätte **AMOR III**, die Stilllegung hat begonnen,
- das **Urantechnikum**, die Stilllegung wird vorbereitet,
- die Einrichtungen der **ehemaligen Isotopenproduktion**, die Stilllegung wird vorbereitet bzw. hat begonnen,
- die **Altanlagen zur Behandlung flüssiger und fester radioaktiver Abfälle**, die Stilllegung wird vorbereitet,
- die umfangreichen **Kernmaterialbestände**, die Verwertung bzw. Entsorgung hat zum Teil begonnen.

### Neu zu errichten sind dafür:

- die **Einrichtung zur Entsorgung von Kernmaterial Rossendorf (EKR)**, die Errichtung ist weitgehend abgeschlossen,
- die **Einrichtung zur Behandlung schwachradioaktiver Abfälle Rossendorf (ESR)**, die Errichtung hat begonnen,
- die **Einrichtung zur Konditionierung der AMOR-Prozeßabfälle**, die Errichtung hat begonnen,
- **mehrere Zwischenlager für radioaktive Abfälle**, zum Teil fertiggestellt, zum Teil in der Errichtung bzw. in der Vorbereitung,
- die **Freimeßstation**, inzwischen fertiggestellt,
- das **Containergebäude** zur Unterbringung von Fremdfirmen, zur Zeit in der Errichtung.



Dipl.-Ing. Thomas Grahmert ist Leiter der Abteilung Stillegung AMOR-Anlagen des VKTA Rossendorf e.V. Er ist seit 1981 in Rossendorf tätig. Foto: privat

## Abbau von Bauwerken

Ende 1997 wurden das Gebäude 8c und ein Lagerbunker beseitigt. Beide Bauwerke dienten bis 1991 zur Herstellung radioaktiver Isotope. Im Gebäude 8c befanden sich Einrichtungen zur Handhabung und Verarbeitung von radioaktiven Stoffen, in drei abgeschirmten Zellen (Containments) aus Beton. Außerdem gab es noch zwei Betriebsräume und einen Operatorraum. Von diesen Räumen aus erfolgten die Beschickung oder Manipulationen in den Containments. Durch den Umgang mit den radioaktiven Stoffen waren die Einrichtungen in den Containments belastet. In der ersten Etappe des Rückbaus demontierten die Mitarbeiter des VKTA Rossendorf e.V. die Ausrüstungen in den Containments sowie Transporteinrichtungen. Anschließend wurden diese als radioaktiver Abfall entsorgt. Nach der Demontage der Einrichtungen in den Containments wurde die Bleiabschirmung zwischen den Containments und dem Operatorraum abgebaut und in einem umfangreichen Meßprogramm auf radioaktive Stoffe untersucht.

Danach erfolgte die Kontrolle aller Gebäudestrukturen auf radioaktive Stoffe. Diese Kontrolle ergab, daß insbesondere die Innenwände der Containments, teilweise aber auch die Fußböden der Betriebsräume kontaminiert waren. Diese Flächen wurden soweit abgetragen, bis die Kontamination nachweislich entfernt war. Für die Freigabe zum vollständigen Abriß waren radiometrische Untersuchungen an den Bauwerken und in der unmittelbaren Umgebung nötig. Es zeigte sich, daß alle vorher festgestellten Kontaminationen entfernt worden waren und damit die Freigabe für den Abriß der Bauwerke durch eine Baufirma erteilt werden konnte.

Der Abriß erfolgte etappenweise. Bei allen Teilschritten wurde abrißbegleitend die Unterschreitung der gesetzlich vorgegebenen Grenzwerte kontrolliert. Die Bauwerke wurden einschließlich der Grundmauern abgetragen, die entstandenen Baugruben verfüllt und damit rekultiviert.

Dr. Karl Jantsch

## Die Stillegung der AMOR-Anlagen

Die Anlage zur Molybdän-99-Produktion Rossendorf (AMOR) ist ein kerntechnischer Komplex des VKTA Rossendorf e.V., der aus den beiden Anlagen AMOR I und AMOR II sowie einer Betriebsstätte AMOR III besteht. Ursprünglich durch das Zentralinstitut für Kernforschung (ZfK) der DDR errichtet, diente er als Pilotanlage für die Gewinnung von Spaltmolybdän, einem Grundstoff für den Einsatz in der medizinischen Diagnostik.

Zur Herstellung der Radionuklide arbeitete die Anlage AMOR I von 1981 bis 1990 hauptsächlich die im Rossendorfer Forschungsreaktor (RFR) kurzzeitig bestrahlten Brennelemente chemisch auf. Dabei anfallende Spaltstoff-Spaltprodukt-Lösungen gingen zur Zwischenlagerung in ein Abklinglager der AMOR I. Nach einer längeren Abklingzeit erfolgte in der AMOR II die Aufarbeitung dieser Lösungen zum Zweck der Rückgewinnung des zu 99 Prozent unverbrauchten Spaltstoffs in Form einer Uranyl-nitratlösung. In der AMOR III wurde diese Uranyl-nitratlösung in Uranoxid umgewandelt, um den wiedergewonnenen Spaltstoff in den Produktionsprozeß des Spaltmolybdäns zurückzuführen. Dazu mußte er zuvor pulvermetallurgisch zu einem Targetelement umgearbeitet werden.

Die atomrechtlichen Genehmigungen für die AMOR-Komplexe erteilte das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR. 1990 lief die Genehmigung für AMOR I aus, die Produktion von Spaltmolybdän wurde eingestellt. AMOR II ging am 31. Dezember 1994 und AMOR III am 3. Januar 1991 außer Betrieb.

Im Abklinglager von AMOR I lagern gegenwärtig noch rund acht Kubikmeter Spaltstoff-Spaltprodukt-Lösung aus der Spaltmolybdän-Produktion. Das macht den stillen Nachbetrieb von AMOR I und II erforderlich, um die Spaltstoffe von dieser Restlösung zu trennen, damit diese Lösung für die Endlagerung konditioniert werden kann.

## Radioaktive Abfälle sicher nach Morsleben

Lassen sich radioaktive Reststoffe nicht wiederverwenden, müssen sie als radioaktiver Abfall geordnet beseitigt werden. Dazu verfügen die Bundesländer über eigene Sammelstellen. Der Bund betreibt die Anlagen

Endlager des Bundes vorgeschrieben. Die Transporte nach Morsleben liegen ebenfalls in der Regie des VKTA Rossendorf e.V.

Um radioaktive Abfälle endlagern zu können, müssen alle Ablieferer die

weise nicht gestattet, flüssige Abfälle abzugeben, sie müssen mit Bindemitteln (Zement, Gips etc.) in eine feste Form (Gebinde) überführt werden. Für die radiologischen Eigenschaften gelten Grenzwerte, die nicht überschritten werden dürfen.

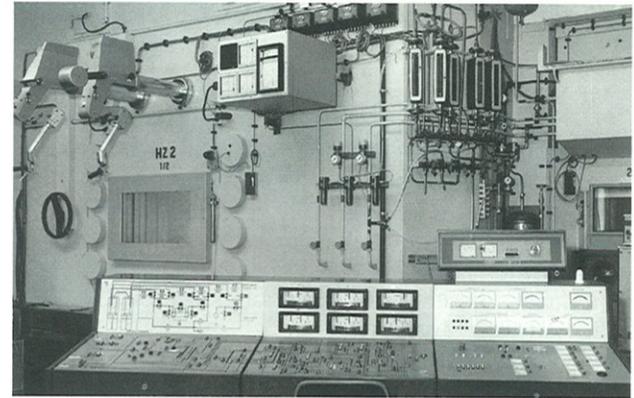
Während die Feststellung der stofflichen Beschaffenheit in den meisten Fällen unproblematisch ist, stellt die Bestimmung der Radioaktivität und der Strahlenart eine anspruchsvolle Aufgabe dar. Sie wird mit Hilfe moderner Meßtechnik gelöst.

Die stofflichen und radiologischen Daten werden in Abfalldatenblättern zusammengefaßt und vom BfS sowie einem unabhängigen Sachverständigen (TÜV oder Produktkontrollstelle Jülich) geprüft. Im Anschluß daran findet die Prüfung der Abfallgebände (200-Liter-Fässer) am Forschungsstandort Rossendorf durch den bereits erwähnten unabhängigen Sachverständigen statt.

Nach der Prüfung erfolgt der Transport in das Endlager, ausgeführt durch eine lizenzierte Speditionsfirma. Bis zur Ankunft im Endlager gilt dabei die Gefahrgutverordnung Straße (GGVS).

Auf diese Weise sind seit der Wiedereröffnung des Bundesendlagers Morsleben im Jahr 1994 etwa eintausend 200-Liter-Fässer zur Endlagerung eingeliefert worden. Vorkommnisse gab es dabei nicht.

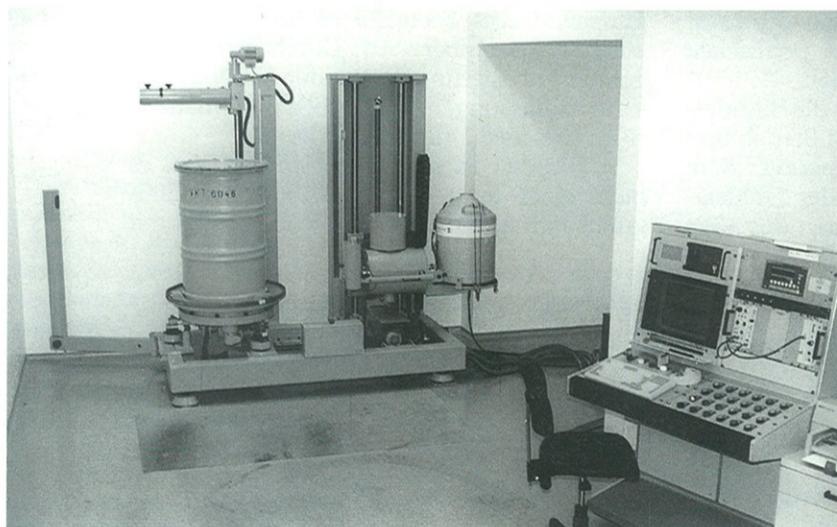
Dr. Frank Schumann



Leitstand der Anlage AMOR I, im Hintergrund die Heiße Zelle Nummer 2. Foto: Archiv FZR

Am 20. Oktober 1997 erteilte das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung die Genehmigung für erste Maßnahmen zur Stillegung der AMOR I und II. Diese Genehmigung beinhaltet das Leerfahren der beiden Anlagen und die Spülung zum Zwecke der Dekontamination. Gleichzeitig läuft ein radiologisches Meßprogramm zur Vorbereitung des Abbaus der Anlagen. Diese Arbeiten werden 1999 abgeschlossen. Der sich anschließende Abbau bedarf einer weiteren Genehmigung, die noch in diesem Jahr beantragt wird. Für AMOR III erteilte das sächsische Umweltministerium am 29. Januar 1998 die notwendige Genehmigung zum Abbau. Dieser erfolgt ausschließlich durch erfahrene Mitarbeiter des VKTA Rossendorf e. V. und wird bis Jahresende mit der Entlassung dieser Betriebsstätte aus der atomrechtlichen Aufsicht abgeschlossen.

Dipl.-Ing. Thomas Grahmert



Meßplatz für radioaktive Abfälle (200l - Fässer)

Foto: VKTA

zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle. Die sächsische Landessammelstelle befindet sich in Rossendorf, der Freistaat hat dem VKTA Rossendorf e.V. diese Aufgabe übertragen. Die Landessammelstelle nimmt die radioaktiven Abfälle aus Sachsen an. Für den Standort selbst hat die Genehmigungsbehörde die direkte Ablieferung der Abfälle an ein

Vorschriften des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) einhalten. Sie gelten für die stoffliche Zusammensetzung (Holz, Papier, Kunststoffe, Metalle, Chemikalien etc.) radioaktiver Abfälle, ihre radiologischen Eigenschaften (z. B. Radioaktivität, Strahlenart), ihre Verpackung (200-Liter-Fässer) und den Transport (in Großcontainern). So ist es beispiels-

## Radium-Apparat aus den Zwanzigern gefunden

Nicht oft, aber hin und wieder kommt es vor, daß radioaktive Stoffe gefunden werden. Das geschieht zum Beispiel beim Abriß oder bei der Sanierung von Gebäuden. In einem solchen Fall hat der Finder beim Sächsischen Landesamt für Umwelt und Geologie unverzüglich Anzeige zu erstatten, die Behörde kümmert sich dann um den weiteren Verbleib.

Unlängst wurde bei einem Hausabriß in Meerane eine Radiumquelle gefunden. Da der Eigentümer nicht festgestellt werden konnte, wurde sie in der Landessammelstelle für radioaktive Abfälle im VKTA Rossendorf e.V. sichergestellt.

Das Kuriose an dem Fund ist der sorglose Umgang unserer Großväter mit Radioaktivität. Es handelte sich nämlich um einen im untenstehenden Originaltext aus den zwanziger Jahren beschriebenen Trinkapparat für Radium-Kuren.



»Das beim Genuss des radioaktiven Wassers eingenommene Radiumgas wird von den Darmdrüsen aufgenommen und durch das Blut auf den Gesamtorganismus verteilt. ... Die frei werdenden Energiemengen wirken schaffend und anregend in der verschiedenartigsten Weise, in erster Linie werden Blutbildung und Blutzirkulation günstig beeinflusst; Schlacken, die sich im Laufe der Zeit da und dort gebildet haben, werden fortgeschwemmt, neue Zellen entstehen, die wichtigen Organe des Körpers werden wieder besser durchblutet, mithin auch besser ernährt als das bisher der Fall war. Besonders erstreckt sich diese Wirkung auf das Nerven- und Drüsensystem. ...

In erster Linie entspringt der Radiumtrink-Apparat einem natürlichen Bedürfnis für die vielen an Rheuma, Gicht, Ischias und ähnlichen Erkrankungen Leidenden an Stelle von Kuren in den weltberühmten Wildbädern Gastein, Teplitz, Schönaun, Oberschlema, Brambach und anderen, die mit so vielen Opfern an Zeit und Geld verbunden sind, einen Ersatz zu schaffen.«

Dr. Frank Schumann

## Lexikon: Freimessen

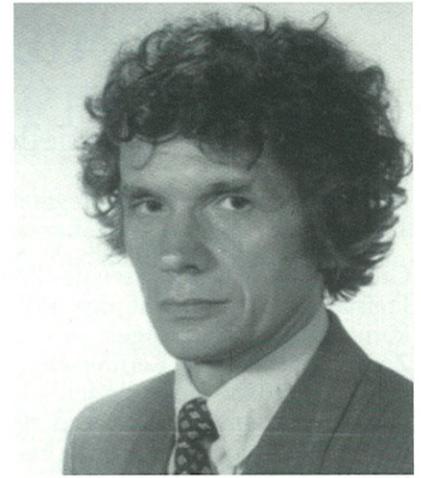
Beim Umgang mit Radioaktivität ist nicht auszuschließen, daß dabei benutzte Materialien, Werkzeuge, Geräte oder Gebäude kontaminiert, das heißt mit radioaktivem Material äußerlich verunreinigt oder aktiviert, also selbst in radioaktives Material umgewandelt werden. Im Interesse der Schonung natürlicher Ressourcen ist es aber nicht vernünftig, jedes Material, das der Radioaktivität verdächtig ist, zum radioaktiven Abfall zu erklären. Andererseits sollen Menschen, Umwelt und Sachwerte vor schädlicher Einwirkung ionisierender Strahlung geschützt werden.

Deshalb wurden für die Freigabe von Stoffen, die im Zusammenhang mit »genehmigungs- oder anzeigepflichtigem Umgang« mit Radioaktivität benutzt worden sind, Grenzwerte festgelegt. Diesen Grenzwerten liegen umfangreiche Berechnungen zugrunde. Sie gehen davon aus, daß durch freigegebene Materialien im ungünstigsten Falle zur mittleren Strahlendosis von etwa 2,4 Millisievert, der die Menschen in Mitteleuropa durch die natürliche Strahlenexposition ausgesetzt sind, höchstens

0,01 Millisievert (10 Mikrosievert), also 0,42 Prozent hinzugefügt werden sollen. Die Aktivität, die diese Dosis hervorrufen kann, ist außerordentlich gering und läßt sich nur mit empfindlichen Meßgeräten nachweisen.

Durch den Akt der Freigabe wird ein Stoff aus dem Geltungsbereich von Atomgesetz und Strahlenschutzverordnung entlassen. Voraussetzung dafür ist, daß nach einer gültigen Vorschrift die eventuell verbliebene Radioaktivität gemessen und dabei festgestellt worden ist, daß die geltenden Grenzwerte nicht überschritten wurden. Das Meßergebnis muß dokumentiert und zehn Jahre aufbewahrt werden.

Für dieses »Freimessen« dürfen unterschiedliche Verfahren angewandt werden. Die wichtigsten sind die Messung der Oberflächenkontamination mit einem zugelassenen, geeichten Meßgerät, die Messung der Aktivität von Materialproben, die dem freizumessenden Objekt an verschiedenen repräsentativen Punkten entnommen werden oder die »integrale« Messung der gesamten Aktivität des Objekts in einer dafür be-



Dipl.-Phys. Horst-Dieter Giera ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Sicherheit und Umweltschutz. Er ist zugleich Freigabe-Strahlenschutzbeauftragter. Horst-Dieter Giera arbeitet seit 1970 in Rossendorf. Foto: privat

stimmten Freimeßanlage.

Sollten bei der Freigabemessung die Grenzwerte überschritten werden, wird das Material als radioaktiver Abfall behandelt.

Dipl.-Phys. Horst-Dieter Giera

## Neue Freimeßanlage geht in Testlauf

Nach dem Umbau des Gebäudes 96 zur Freimeßstation begann am 13. März 1998 der Probetrieb dieser neuen Anlage. Während einer kleinen Feier würdigte der Direktor des VKTA Rossendorf e.V. die Leistungen aller am Umbau Beteiligten und gab das Signal zum offiziellen Anlauf der Testphase.

Mit der neuen Freimeßstation verfügt der VKTA Rossendorf e.V. über eine dem Stand der Technik entsprechende Meßeinrichtung, mit deren Hilfe sich die Radioaktivität von Materialien aus dem Rückbau seiner kerntechnischen Anlagen bestimmen läßt. Nationale und internationale Erfahrungen aus ähnlichen Vorhaben sowie eigene Voruntersuchungen

in Frage kommende Radionuklid für eine »uneingeschränkte« oder »eingeschränkte« Freigabe eingehalten werden. Uneingeschränkt freigegebenes Material kann beliebig verwertet oder entsorgt werden; eingeschränkt freigegebenes Material wird in der Regel auf eine Sonderdeponie verbracht.

Die Freimeßanlage des VKTA Rossendorf e. V. wurde von der renommierten Hamburger Firma RADOS Technology GmbH gebaut. Sie besteht aus einer Meßkammer (Innenmaße: 1,2 Meter mal 1,3 Meter mal 1 Meter). In die Innenwände dieser Kammer sind 16 Detektoren eingelassen. Sie bestimmen die vom zu messenden Material ausgehende Gamma-Strahlung. Da das zu bestimm-

Transportmittel. Insgesamt beträgt die Masse der Meßkammer rund zwölf Tonnen. Die gesamte Meßeinrichtung paßt in einen Container; die Meßkammer und die Transporttechnologie sind derart ausgelegt worden, daß das Meßgut in 200-Liter- oder 400-Liter-Fässern bzw. Europaletten-Boxen gehandhabt werden kann. Der zeitliche Aufwand für eine Messung pro Gebinde wird vor allem durch die Transportvorgänge bestimmt. Er beträgt fünf bis zehn Minuten.

Nach erfolgreicher Freimessung wird das freigegebene Material sortenrein in Absetz-Container ausgekippt und dann der konventionellen Verwertung bzw. Entsorgung zugeführt. Falls Material wegen Über-



Bild links: Gebäude 96, die neue Freimeßstation.



Fotos: VKTA

erhärten die Vermutung, daß der überwiegende Teil des anfallenden Materials - wie Bauschutt, Metallschrott, Kabel, Isoliermaterial - durch den Betrieb der Kernanlagen nicht oder nur unwesentlich kontaminiert oder aktiviert wurde. In der Freimeßanlage wird festgestellt, ob die festgelegten Aktivitätsgrenzwerte für jedes

mende Aktivitätsniveau sehr niedrig ist, muß das Innere der Meßkammer gegen die natürliche Aktivität der Umgebung abgeschirmt werden. Diesem Zwecke dienen fünf Zentimeter starke Bleiplatten, die in den Wänden der Meßkammer angebracht sind. Hinzu kommen die Steuer-, Meß- und Auswertelektronik sowie

schreitung der Grenzwerte nicht freigegeben werden kann, wird es der zuständigen Abteilung des VKTA Rossendorf e.V. übergeben, die für seine Verbringung in das Endlager des Bundes für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) sorgt.

Dr. Gerd Hofmann

# Neue Vorhaben des VKTA in 1998

Die finanziellen Zuwendungen des Freistaates Sachsen werden auch weiterhin verantwortungsbewußt eingesetzt

Der VKTA Rossendorf e. V. ist auf der Grundlage von Beschlüssen des Kabinetts des Freistaates Sachsen mit der Stilllegung der kerntechnischen Anlagen des ehemaligen Zentralinstituts für Kernforschung Rossendorf beauftragt. Insbesondere der Rossendorfer Forschungsreaktor und die Anlagen der Isotopenproduktion sollen baldmöglichst aus dem Geltungsbereich des Atomgesetzes entlassen werden können. Erklärtes Ziel ist es, diese Anlagen anschließend abzubauen sowie den gesamten Forschungsstandort von Kernmaterial und radioaktiven Altlasten zu befreien.

Zur Erreichung dieser Ziele stellte der Freistaat Sachsen seit der Gründung des VKTA Rossendorf e. V. Anfang 1992 bis Ende 1997 bereits 54,7 Millionen Mark aus dem sächsischen Landeshaushalt zur Verfügung. Das Kabinett unternimmt umfassende Anstrengungen, daß der Bund sich finanziell an den Stilllegungskosten beteiligt.

1998 erhält der VKTA Rossendorf e. V. für die Stilllegung kerntechnischer Anlagen 28,3 Millionen Mark. Für die Sanierung von Altlasten am Forschungsstandort Rossendorf stehen ca. zehn Millionen Mark bereit. 11,8 Millionen Mark der Mittel für die Stilllegung

gehen in den Umbau eines vorhandenen Gebäudes in die »Einrichtung zur Behandlung schwachradioaktiver Abfälle Rossendorf« (ESR). Darüber hinaus wird das 1995 begonnene Bauvorhaben »Einrichtung zur Entsorgung von Kernmaterial Rossendorf« (EKR) mit 3,7 Millionen Mark fertiggestellt. Die Entsorgung spezieller fester, radioaktiver Abfälle benötigt 3,5 Millionen Mark, der Abriß der stillgelegten Abklingbecken für radioaktive Abwässer wird mit 2,5 Millionen Mark begonnen.

Mit 1,5 Millionen Mark wird die Überführung flüssiger Prozeßabfälle aus dem AMOR-Prozeß vorangebracht. Ziel ist es, die Rückstände lagerfähig zu konditionieren. Die Prozeßabfälle aus den AMOR-Anlagen gehören zur Gruppe der kernbrennstoffhaltigen radioaktiven Abfälle und sind auf Grund ihrer Alpha-Strahlung nicht für das Bundesendlager Morsleben geeignet.

Mit insgesamt 5,3 Millionen Mark wird die Stilllegung des Rossendorfer Forschungsreaktors und weiterer Kernanlagen schrittweise vorangetrieben. Schwerpunkte sind hierbei die Vorbereitung der Umladung der bestrahlten Brennelemente des Rossendorfer Forschungsreaktors mittels einer Mobilen Umla-

destation in CASTOR-MTR2-Behälter und die dazu erforderlichen Abfertigungs- und Transportaufwendungen.

Die Zuwendungen für die Altlastenbeseitigung verteilen sich auf die Entsorgung provisorisch gelagerter Altlasten des ehemaligen Zentralinstitutes für Kernforschung Rossendorf, auf erste Stilllegungsschritte und den Abbau von Anlagen der ehemaligen Isotopenproduktion sowie sonstigen Einrichtungen und Anlagen der kerntechnischen Infrastruktur und die Entsorgung von Kernmaterial. Die Abgabe radioaktiver Abfälle an das Bundesendlager Morsleben nimmt dabei eine dominierende Stellung ein.

Begleitet werden sämtliche Stilllegungs- und Sanierungsvorhaben durch Planungs-, Ingenieur- und Gutachterleistungen.

Der Einsatz der finanziellen Mittel ist in erheblichem Umfang abhängig von einer zeitnahen Begleitung der Genehmigungsverfahren nach dem Atomgesetz und der Strahlenschutzverordnung durch das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung.

Dipl.-Ing. oec. Axel Richter

## Ende einer Ära

Kernanlagen werden stillgelegt / Erste Genehmigungen erteilt

Das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung hat dem VKTA Rossendorf e.V. am 19. August 1997 die Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für die Rossendorfer Anordnung für kritische Experimente (RAKE II) erteilt. Diese Genehmigung war an 14 Nebenbestimmungen gebunden. Die Stilllegung und der Abbau des Nulleistungsreaktors RAKE II mit einer thermischen Leistung von maximal zehn Watt verlief ohne Probleme und war Ende 1997 abgeschlossen.

Am 30. Januar 1998 wurde die erste Genehmigung zur Stilllegung des Rossendorfer Forschungsreaktors RFR erteilt. Die Genehmigung umfaßt »das Innehaben der endgültig abgeschalteten Anlage RFR einschließlich der dazugehörigen Nebenanlagen, die sichere Betriebsführung der abgeschalteten Reaktoranlage zum Zwecke der Stilllegung, die Überführung der Brennelemente aus der Spaltzone des Reaktors in das Brennelementlagerbecken AB2, die Handhabung von Brennelementen und Kernbrennstoffen sowie der Umgang mit sonstigen radioaktiven Stoffen ohne Entsorgung der Brennelemente, die Ertüchtigung des Lagerbeckens AB1 und Nutzung zur Einlagerung der vorhandenen und im Rahmen der genehmigten Arbeiten anfallenden radioaktiven Reststoffe, der Umgang mit vorhandenen und bei den genehmigten Arbeiten anfallenden radioaktiven Reststoffen und ausgebauten Anlagenteilen, die Durchführung von radiologischen Meßarbeiten einschließlich der zugehörigen Probenahmen und die Einschleusung und inaktive Erprobung der Brennelemente-

Transportbehälter und der zu ihrer Beladung notwendigen Umladestation.«

Diese erste Genehmigung beinhaltet insgesamt 29 Nebenbestimmungen. Der VKTA Rossendorf e.V. geht davon aus, daß diese bis Ende 1998 vollständig erfüllt werden. Die darüber hinausgehenden Stilllegungs-, Abbau- und Entsorgungsarbeiten erfolgen im Rahmen weiterer noch zu erteilender Genehmigungen. Der RFR wurde 1956/57 nach einem sowjetischen Projekt unter sowjetischer Aufsicht errichtet, am 16. Dezember 1957 in Betrieb genommen und am 27. Juni 1991 endgültig abgeschaltet. Seine thermische Leistung betrug zehn Megawatt.

Für den ersten Schritt zur Stilllegung der Anlagenkomplexe AMOR I und AMOR II, das heißt für das Leerfahren der Anlage von Prozeßlösung, wurde die atomrechtliche Genehmigung am 20. Oktober 1997 erteilt. Das Leerfahren soll bis Ende dieses Jahres abgeschlossen werden. Die AMOR-Anlagen des ehemaligen ZfK Rossendorf dienten insbesondere der Gewinnung von Molybdän-99 aus kurzzeitbestrahlten Brennelementen des Rossendorfer Forschungsreaktors.

Alle erteilten Genehmigungen ergingen durch das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung nach sorgfältiger Prüfung der Antragsunterlagen des VKTA Rossendorf e.V.

Dr.-Ing. Wolfgang Boesfert



Dr.-Ing. Wolfgang Boesfert ist Leiter des Fachbereiches Kernanlagen. Er arbeitet seit 1971 in Rossendorf. Foto: privat

### Impressum

Das VKTA-Nachbarschaftsblatt ist die Nachbarschafts- und Vereinszeitung des Vereins für Kernverfahrenstechnik und Analytik Rossendorf (VKTA) e.V.

**Herausgeber/V.i.S.d.P.:** Der Direktor des VKTA

**Redaktion:** Dipl.-Ing. Heiko Schwarzburger, Dagmar Friebe

**Anschrift:** PF 510119, 01314 Dresden, Tel.: 0351/260 - 3492, 260 - 3272, Fax: 0351/260 - 3236

Das Blatt erscheint dreimal jährlich. Auflage: 2.000 Stück.

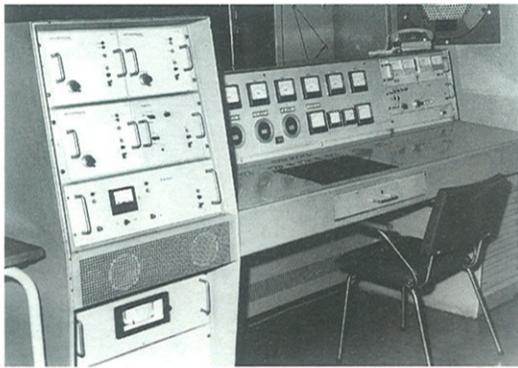
Der Informationskreis Kernenergie (Heussallee 10, 53113 Bonn, Tel. 0228/507213) bietet im Internet ein eigenes Lexikon zu über 300 Stichpunkten an: <http://www.kernenergie.de>

# Erste Rossendorfer Kernanlage vollständig abgebaut

RAKE II hinterließ kaum radioaktive Reststoffe / Demontage lag voll im Zeitplan

Die Rossendorfer Anordnung für kritische Experimente, kurz RAKE II genannt, wurde im Juli 1967 als dritter, kleinster und letzter Reaktor des damaligen ZfK Rossendorf in Betrieb genommen. Der Reaktor war für reaktorphysikalische Experimente notwendig geworden, da der Rossendorfer Ringzonenreaktor durch spezielle Versuchseinrichtungen für derartige Untersuchungen nicht mehr zur Verfügung stand.

Der Reaktor wurde durch den Einsatz von ausgewählten Konstruktionsmaterialien und die verhältnismäßig geringe thermische Leistung von zehn Watt so ausgelegt, daß nach der Reaktorabschaltung nur niedrige Aktivitäten in der Anlage vorhanden waren.



Steuerpult der RAKE II

Foto: Archiv FZR

Damit ließen sich leicht die erforderlichen Umbauten der Versuchseinrichtungen realisieren, ohne besondere Vorkehrungen gegen eine Strahlenexposition der Mitarbeiter treffen zu müssen.

Die Verwendung ausgewählter Materialien zum Bau des Reaktors war für die reaktorphysikalischen Berechnungen auf dem Gebiet der Neutronenspektrometrie, der Reaktivitätsmeßtechnik und der Reaktordiagnostik von hoher Bedeutung. So konnte in der RAKE II auch der Zehn-Megawatt-Kern des Rossendorfer Forschungsreaktors (RFR) aufgebaut werden. Innerhalb kürzester Zeit konnten vorausberechnete Werte für die kritische Masse und die Wirksamkeit der Regel- und Abschaltstäbe experimentell überprüft werden. Zur Neutronenflußverteilung und zur Abbrandoptimierung wurden umfangreiche Messungen durchgeführt.

Durch die mit der zum Ende des ZfK Rossendorf getroffenen Entscheidung, keine Reaktorphysik mehr durchzuführen, war eine weitere Nutzung nicht mehr möglich. Mit dem Beschluß des Kuratoriums des VKTA Rossendorf e.V. vom 28. April 1992 zur Stilllegung, der Beantragung der Stilllegung bei der Genehmigungsbehörde am 15. Dezember 1993 und der Genehmigung zur Stilllegung vom 19. Juli 1997 wurde auch die Demontage der RAKE II eingeleitet.

Am 11. Dezember 1997 veröffentlichte das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung gemäß § 17 der Atomrechtlichen Verfahrensordnung die Stilllegungsgenehmigung. Sie erschien am 7. Februar 1998 in der Sächsischen Zeitung.

Die in der RAKE II genutzten Kernbrennstoffe wurden in einem separaten Genehmigungsverfahren in die am Standort errichtete »Einrichtung zur Entsorgung von Kernmaterial« (EKR) umgesetzt und damit aus der



Blick in den Reaktor RAKE II.

Foto: Archiv FZR

Zugehörigkeit zur RAKE II entlassen.

Nunmehr ist die Anlage demontiert, alle Reststoffe wurden ordnungsgemäß entsorgt. Dabei hat sich die erwähnte Materialauswahl sehr bewährt, es fielen nur rund vier Kilogramm radioaktiver Reststoffe zur Abgabe an das Endlager an.

Alle anderen Reststoffe sind nicht oder so gering aktiviert, daß sie im Rahmen der zulässigen Freigabegrenzwerte einer konventionellen Entsorgung zugeführt werden konnten. Damit und mit der durch eigene Mitarbeiter ausgeführten Demontage sanken die Stilllegungs- und Abbaukosten erheblich.

In Kürze erfolgt die Antragstellung zur Entlassung der Anlage RAKE II aus dem Zuständigkeitsbereich des Atomgesetzes.

Dipl.-Ing. Horst Krause

## Streit um Änderung des Atomgesetzes

Bund und Länder müssen EU-Richtlinie umsetzen und debattieren dabei auch über Zuständigkeiten

Seit kurzem liegt dem Bundespräsidenten ein »Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes und des Gesetzes über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz« vor, das er durch seine Unterschrift in geltendes Recht erheben soll. Anlaß für die Novelle war eine EU-Richtlinie aus dem Jahre 1992, die den Austausch radioaktiver Abfälle zwischen Mitgliedstaaten der EU und über die Grenzen der Gemeinschaft hinweg regelt. Diese Richtlinie wurde wegen des Wegfalls der Kontrollen an den EU-Binnengrenzen erforderlich und sollte bis zum 1. Januar 1994 in innerstaatliches Recht umgesetzt werden.

Nach den Vorstellungen des Bundestages kann der Bund künftig die Einrichtung von Endlagern für radioaktive Abfälle an die Abfallverursacher übertragen. Außerdem beinhaltet das Gesetz zahlreiche Vorschriften zur Enteignung von Grundbesitz zum Zwecke der Erkundung, die Errichtung und den Betrieb von solchen Endlagern. Die Übergangsfristen des Einigungsvertrages, insbesondere für die Zwischen- und Endlager in den neuen Ländern, sollen verlängert werden. Das bedeutet, daß der Bund die Betriebsgenehmigung für das Endlager für

radioaktive Abfälle Morsleben - auch gegen den Willen des Landes Sachsen-Anhalt - um weitere fünf Jahre verlängern kann. Diese Streckung wäre kein Einzelfall, da man sich zum Beispiel auch bei den Fristen für die Wismut verschätzt hat und diese nachträglich verlängert wurden.

Nach den Regelungen des Grundgesetzes handelt es sich bei dem Gesetzentwurf um einen Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung. Das bedeutet, daß der Bund in diesem Bereich das Gesetzgebungsrecht hat, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Bereich eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht.

Die Bundesregierung hat das Gesetz so abgefaßt, daß es ihrer Auffassung nach nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, das heißt es handelt sich um ein Einspruchsgesetz. Damit wurde ein handfester Streit um die Zuständigkeiten ausgelöst. Der Bundesrat, in dem sich alle deutschen Länder wiederfinden, pocht darauf, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf. Diese

Zustimmung hat er dem Gesetz mit seiner Mehrheit verweigert.

Die Bundesregierung sah sich zur Ausgestaltung als Einspruchsgesetz veranlaßt, um - so Bundesumweltministerin Angela Merkel - »voranzukommen« und weil es in der Vergangenheit zu unterschiedlichen Rechtsauffassungen mit den Ländern gekommen war.

So hat es zum Beispiel im laufenden Planfeststellungsverfahren für das Endlager Schacht Konrad 7 Weisungen des Bundes gegenüber dem Land Niedersachsen und mehr als vierzig bundesaufsichtliche Gespräche gegeben. Die Bundesregierung will deshalb mit der Novelle im gesamtstaatlichen Interesse zu einer umfassenden und bundeseinheitlichen Regelung kommen.

Jetzt hat Bundespräsident Roman Herzog, selbst ehemals Verfassungsrichter, das letzte Wort. Oder vielleicht auch nicht. Das Land Sachsen-Anhalt hat bereits Verfassungsklage gegen die Atomrechtsnovelle erhoben.

Edith Linnemann

## Rückblick auf 40 Jahre RFR

Der Vorstand des VKTA Rossendorf e.V. setzte mit der Veranstaltung am 16. Dezember 1997 einen offiziellen Schlußpunkt unter die Betriebsgeschichte des RFR, denn einen weiteren runden Jahrestag wird es nicht mehr geben. So trafen sich 157 Personen aus sechs Ländern, die mit dem Reaktor besonders verbunden waren.

Die Veranstaltung begann mit einem Kolloquium im Hörsaal des Forschungszentrums Rossendorf e.V. Nach der Begrüßung durch Dr. Gerd Uhlmann, Ministerialrat im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst und Vorsitzender des Kuratoriums des VKTA Rossendorf e.V., legte VKTA-Direktor Dr. Wolfgang Hieronymus die eindrucksvolle Geschichte des RFR dar. Anschließend referierte Dr. Gennadij Kirsanow über den Stand und die Perspektive der Forschungsreaktoren in Gatschina/Rußland. Dem schlossen sich Vorträge von Dr. Istvan Vidovszky über den Forschungsreaktor in Budapest und Oldrich Janous über den Reaktor in Rez (Tschechien) an.

Nach der Mittagspause trugen die ehemaligen Nutzer des Reaktors die Ergebnisse ihrer Arbeiten vor. Professor Peter Liewers referierte über die Arbeiten zur Reaktorphysik. Dr. Karl Jantsch sprach zur Herstellung radioaktiver Isotope und Dr. Manfred Betzl zu den Rossendorfer Arbeiten über die Neutronenstreuung. Das Kolloquium endete mit einem Vortrag zur Stilllegung des RFR durch Dipl.-Ing. Reginald Lehmann.

An die wissenschaftlichen Vorträge schloß sich eine Besichtigung der Reaktoranlage an. Der erlebnisreiche Tag fand seinen Abschluß mit einem geselligen Beisammensein im Gasthof Weißig.

Dagmar Friebe

**Dagmar Friebe ist im VKTA Rossendorf e.V. die Ansprechpartnerin für die Öffentlichkeit:**

**VKTA Rossendorf e.V.  
PF 510119,  
01314 Dresden,  
Tel.: (0351) 260 - 3492  
oder 260 - 3272,  
Fax: (0351) 260 - 3236.**

Das VKTA-Nachbarschaftsblatt gibt auch seinen Lesern das Wort. Bei den Briefen behält sich die Redaktion allerdings Kürzungen vor.

### Brief der leitenden Ingenieure des russischen Forschungsreaktors in Gatschina bei Sankt Petersburg

*Wir sind begeistert von Euerm hervorragend organisierten festlichen Jubiläum, das dem 40. Jahrestag der Inbetriebnahme des Reaktors und seiner Stilllegung gewidmet war. Ihr habt ein Seminar durchgeführt, in dem führende Mitarbeiter Eures Instituts, die einen wesentlichen Beitrag zur Wissenschaft geleistet haben, Rechenschaft ablegten. Im Rahmen des Seminars wurden die Ergebnisse der Arbeiten dargelegt, die in 40 Jahren am Reaktor durchgeführt wurden. Das sind wirklich hervorragende Ergebnisse auf Weltniveau.*

*Das ist aber nicht alles. Das Seminar war auch ein Treffen der Veteranen des Instituts, zu dem auch ausländische Kollegen wie wir eingeladen waren und während dessen Erinnerungen ausgetauscht und Abschied genommen wurde. Wir danken aufrichtig für die Bemühungen und die materielle Hilfe, die unsere Fahrt nach Dresden, die Teilnahme am Seminar und die Treffen mit alten Freunden ermöglichten. Mit herzlichen Grüßen*

RENARD PIKULIK & GENNADIJ KIRSANOW



Festveranstaltung zum 40jährigen Jubiläum des RFR. Bild links: Ehemalige RFR-Spezialisten während der Besichtigung am Reaktorkopf; Bild rechts: Blick in das Auditorium während des Vortrags zur Geschichte des RFR. Fotos: Archiv FZR

## Zum 16. Dezember 1997 - 40 Jahre RFR

Die gehaltenen Vorträge waren insbesondere für die schon vor vielen Jahren ausgeschiedenen ZfK-Mitarbeiter sehr interessant. Es wurde dokumentiert, daß am RFR erfolgreich geforscht und experimentiert und auch gewinnträchtig produziert wurde, insbesondere nach der letzten RFR-Leistungserhöhung auf 10 Megawatt, die mit einer Modernisierung beinahe aller Reaktoranlagen verbunden war und zur teilweisen Automatisierung der Bestrahlungseinrichtungen sowie von Strahlrohrexperimenten Anlaß gab. In dieser Hinsicht stellte der RFR den am besten ausgebauten und genutzten WWR-SM-Forschungsreaktor dar.

Das nach Meinung der Vortragenden insgesamt erfolgreiche Ergebnis der 40 RFR-Jahre kann in Anbetracht vieler Probleme dieser gesamten Periode wohl positiv eingeschätzt werden. Dazu haben alle beigetragen, auch diejenigen, die am 16. Dezember 1997 nicht teilnehmen konnten. Sie haben gute Gemeinschaftsarbeit getan. Nach Meinung vieler Anwesender, mit denen ich beim geselligen Beisammensein zufällig darüber gesprochen habe, war das Grund genug, das Kolloquium einzuberufen. Und dafür muß allen an der Vorbereitung des Kolloquiums beteiligten VKTA-Angehörigen »Dankeschön« gesagt werden!

DR. THADEUS KAMPE,  
SCHÖNFELD-WEIßIG

## Besuch in Rossendorf

Am 2. März 1998 organisierte Herr H. Scheunemann für Interessenten einen Besuch des Forschungsobjektes Rossendorf. Die Senioren fuhren mit bestimmten Erwartungen an diesen Ort, denn für viele von ihnen war es die ehemalige Arbeitsstätte.

Den Vorträgen von Herrn Dr. Hieronymus und Herrn Lehmann folgten Fragen, die verständlich

beantwortet wurden. Ein Höhepunkt war die Besichtigung des Reaktors.

Wenn man die Atomenergie friedlich in verschiedenen Bereichen nutzt, ob Medizin oder Energie, ist es ein Fortschritt für die Menschen. Nicht selten ist es gelungen, mit diesen Möglichkeiten den Krebs zu besiegen. Rossendorf gab vielen Bürgern unseres Gebietes Arbeit und

### Wir gratulieren nachträglich:

- \* zum 60. Geburtstag:  
Sigrid Schütze (24. März)
- \* zum 50 Geburtstag:  
Anita Stöbel (23. Dezember)
- \* zum 40jährigen Dienstjubiläum:  
Dieter Walzog (17. Februar)  
Roland Sauer (22. Februar)
- \* zum 25jährigen Dienstjubiläum:  
Barbara Suhr (1. Januar)  
Klaus Dedeczek (29. Januar)  
Brigitte Kaiser (12. Februar)  
Jürgen Pätzold (1. März)

damit ein soziales Umfeld. Der Reaktor ist rekonstruiert und damit auf dem neuesten Stand.

Jetzt soll das Land Sachsen alleine für die Entsorgung bezahlen. Wäre es nicht besser, in Zusammenarbeit mit Osteuropa den Standort Rossendorf zu erhalten?

ELLY GLÄSER,  
SCHÖNFELD-WEIßIG,  
ORTSTEIL ESCHDORF